

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 20. Oktober 2014**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

38. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 15.02 Uhr

Ende der Sitzung: 17.36 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 37. Sitzung des Gemeinderates vom 22.09.2014 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Christa Raggl-Mühlberger

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Heinrich Taitl

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

Inge Maderthaler

Gudrun Ortner

Entschuldigt:

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 09.10.2014 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfrage Vzbgm. Dr. Andreas Rabl gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Peter Koits betreffend Asylwerber und Asylberechtigte in Wels
DI-Verf-283-2014

Bgm. Dr. Koits: Vzbgm. Dr. Andreas Rabl richtete an mich folgende Anfrage:

Die Freiheitliche Fraktion stellt fristgerecht folgende Anfrage:

1. Wie viele Asylwerber werden derzeit in Wels von sozialen Einrichtungen betreut?
2. Wie viele Asylberechtigte werden derzeit in Wels von sozialen Einrichtungen betreut?
3. Wie viele Asylwerber wohnen derzeit in Wels?
4. Wie viele Asylberechtigte wohnen derzeit in Wels?

Da diese Anfrage nach den bundesgesetzlichen Regelungen in die Verantwortlichkeit des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl fällt, ist dieses dafür zuständig. Ich ersuchte das Bundesamt bereits diese Fragen schriftlich zu beantworten. Sollte mir die Antwort vorliegen werde ich diese natürlich an sie weitergeben.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf darauf hinweisen, dass zu TOP 4., Holding Wels GmbH - Haftungsübernahme die Anwesenheit von wenigstens zwei Drittel der Gemeinderatsmitglieder und die Zustimmung von zwei Drittel der Anwesenden erforderlich ist. Bitte dies bei Behandlung des TOP 4. zu berücksichtigen.

Es wurde mir soeben ein Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zu TOP 1. übergeben, dieser lautet:

Die sozialdemokratische Fraktion stellt gemäß § 9 der GOGR den Abänderungsantrag, dass der Antragstext wie folgt geändert wird:

Im vorliegenden Beschlussantrag soll die Beschlussformel durch die Einfügung der Wortfolge „... und die zuständige Referentin ...“ ergänzt werden, sodass die Beschlussformel wie folgt lautet:

Der Bürgermeister und die zuständige Referentin der Stadt Wels sollen Gespräche mit dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie sowie den ÖBB führen,

um die vorrangige Verringerung des Bahnlärms durch Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Westbahnstrecke von Vogelweiderstraße bis Primelstraße zu erreichen.

Es steht zwar in diesem Abänderungsantrag „die zuständige Referentin“. Im Grunde jedoch sind es zwei Referenten, es ist auch der Verkehrsreferent in dieser Sache gefordert. Bitte diesen Abänderungsantrag in die Beratungen miteinzubeziehen.

Berichterstatterin Stadträtin Christa Raggl-Mühlberger

1.)

vordringlicher Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Verringerung des Bahnlärms durch Lärmschutzmaßnahmen im Bereich der Westbahnstrecke von Vogelweiderstraße bis Primelstraße
DI-Verf-282-2014

StR. Raggl-Mühlberger: Im vorliegenden Initiativantrag der FPÖ geht es um die Kontaktaufnahme mit dem Bundesministerium für Verkehr und Technologie sowie mit den ÖBB zur Verbesserung der Lärmschutzmaßnahmen im Bereich Vogelweiderstraße bis zur Primelstraße entlang der Westbahnstrecke. Vorab ein paar Daten und Fakten: 1993 gab es die ersten Berührungspunkte zum Thema Bahnlärm, 1997 fasste der Gemeinderat den Beschluss dort Lärmschutzmaßnahmen zu errichten. Die Stadt Wels beteiligte sich mit 25 % an den Kosten, dies waren 2,2 Mio. Euro. Die Gesamtkosten betrug 8,8 Mio. Euro, ca. 13 km Lärmschutzwände wurden damals verbaut. 1998 wurde die erste Lärmschutzwand in der Maxlhaid fertiggestellt, im Jahr 2000 waren die Lärmschutzmaßnahmen an der Westbahn beendet. 2007/2008 war die Projektabrechnung.

Wenn man sich die Lärmkarte des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, ansieht, so erkennt man, dass die Werte im 24-h-Durchschnitt zwischen 70 und 75 dB liegen und in der Nacht zwischen 65 und 70 dB. Bei mehr als 65 dB Außenbelastung ändern die Anwohner ihr Verhalten. Diese halten ihre Fenster geschlossen, Balkone werden nicht mehr genutzt. Bei einem nächtlichen Lärmpegel von 40 dB kann es auf Dauer sogar zu Gesundheitsgefährdungen kommen. Bereits bei einem Schalldruckpegel ab 55 dB werden Geräusche als Lärmbelästigung empfunden, auf einem längeren Zeitraum hin kommt es zu einem Leistungsabfall und das Wohlbefinden verringert sich. Geräusche ab einem Pegel von 65 – 75 dB bewirken im Körper Stress – dieser kann zu Herz- und Kreislauferkrankungen führen. Bei einer Reduzierung des Lärms um 10 dB reduziert sich das Lärmempfinden um die Hälfte.

Zum Thema Lärmschutz stellt die ÖBB in einer Aussendung folgende Parameter fest: Die Errichtung von Lärmschutz garantiert mehr Lebensqualität für die Bevölkerung. Mit den strengen Regeln, die für die Bahn gelten, kann die Lärmerregung im Bahnbereich bedeutend reduziert werden. Als Grenzwert für die Bahn gelten Lärmimmissionen von maximal 65 dB am Tag und 55 dB in der Nacht. In Wels liegen wir somit 5 bis 10 dB im 24 h-Durchschnitt wie auch in der Nacht darüber. Es gibt immer wieder neue Technologien und Erkenntnisse, wie z.B. sound screen improve, um die Lärmbelästigung zu re-

duzieren. Bei diesen handelt es sich um Vorrichtungen mit denen versucht wird den Wirkungsgrad von Schallschutzwänden zu optimieren. Messungen der ÖBB auf einer Teststrecke ergaben bereits Senkungen des Schallpegels von 1,5 bis 5,5 dB gegenüber dem Ursprungszustand.

Wie man sieht wird auch seitens der ÖBB sehr ambitioniert an diesem Thema gearbeitet. Ich bitte um Diskussion.

GR. Schönberger: Dieses Thema ist wirklich interessant, wie die Referentin klar ausführte. Jedoch verstehe ich nicht, warum sich die FPÖ-Referenten immer vom Gemeinderat die Arbeit anschaffen lassen? Was hindert die Umweltreferentin oder den Verkehrsreferenten daran, den Kontakt zu den ÖBB und dem Verkehrsministerium aufzunehmen? Warum muss hier der Herr Bürgermeister eingeschaltet werden? Diese Angelegenheit gehört doch zum täglichen Arbeitsbereich eines Referenten. Wie gesagt, es ist mir unverständlich. Danke!

GR. Weidinger: Meinem Vorredner Karl Schönberger kann ich nur Recht geben. Auch die ÖVP versteht nicht ganz warum die FPÖ in dieser Sache die Zustimmung des Gemeinderates braucht. StR. Kroiß oder StR. Raggl-Mühlberger könnten doch jederzeit mit dem zuständigen Ministerium Kontakt aufnehmen und selbst diese Sache vorantreiben.

Die Angelegenheit selbst ist wirklich sehr ernst – wir haben massive Lärmbeschwerden oder Lärmbeeinträchtigungen in Wels. Dies betrifft jedoch nicht nur die Westbahn sondern auch die Passauerbahn. Die Passauerbahn führt durch das Stadtgebiet und es fahren auf dieser sehr viele Güterzüge. In der Neustadt kommt es immer wieder zu Lärmbeschwerden. Darüber hinaus haben wir in der Neustadt noch eine Autobahn und eine Bundesstraße. Wir Neustädter können sagen „wir sind die lärmgeplagten Welser“. Grundsätzliche Zustimmung für diesen Initiativantrag der ÖVP.

GR. Pernkopf: 2010 erlaubte ich mir als Interessensvertreter in meinem Umfeld Lärm-messungen durch die Stadt Wels zu beantragen. Der damalige Umweltreferent reagierte auf unseren Antrag nicht. Der damalige Verkehrsreferent kümmerte sich jedoch darum zusammen mit der Baudirektion. Über zwei Jahre lang wurde ein Schallemissionsgutachten erstellt. Bedauerlicherweise gibt es keinen aktuellen Lärmkataster mehr, in dem die Situation Wimpassinger Straße – Westbahn – Hofer usw. berechnet wird.

In diesem Stadtteil sind wir bei einer enormen Lärmbelastung angelangt. Leider wurde mir damals mitgeteilt, dass wir ein halbes Dezibel unter den Grenzwerten liegen. Tatsache ist jedoch, die Situation stellt sich viel schlechter dar.

Es ist gut diese Initiative zu setzen - es ist höchst an der Zeit. Gerade im lärmschutz-technischen Bereich gibt es große Fortschritte. Dies sieht man besonders gut in Niederösterreich entlang der Westbahnstrecke oder der Westautobahn.

Seitens der ÖVP gibt es volle Unterstützung für eine Verbesserung der Lärmsituation der geplagten Anrainerinnen und Anrainer.

GR. DI. Leitinger: Jetzt kann man natürlich darüber streiten, ob dies die Referentinnen oder Referenten, der Herr Bürgermeister oder alle miteinander veranlassen müssen. Aus unserer Sicht ist eine Handlungsweise im Sinne der AnrainerInnen wichtig, die un-

ter dieser Lärmbelastung leiden. Denn ein Lärmpegel von 60 – 65 dB in der Nacht ist einfach unzumutbar und führt auf die Dauer zu gesundheitlichen Störungen.

Uns GRÜNEN ist wichtig zu handeln. Es soll eine Lärmschutzmauer errichtet werden, um damit den Lärmpegel auf ein erträgliches Maß abzusenken.

GR. DI. Haydinger: Vielleicht noch ein kurzes Wort zum Thema Zuständigkeiten. Unsere Intention war den Herrn Bürgermeister die Verhandlungen führen zu lassen, weil der zuständige Verkehrsminister Dr. Stöger bekanntlicherweise der SPÖ angehört. Deshalb dachten wir uns, dass hier „der Draht etwas kürzer ist“. Aufgrund des Abänderungsantrages hoffe ich natürlich, dass dieses Trio besonders erfolgreich sein wird.

StR. Raggl-Mühlberger: Natürlich führe ich sehr gerne Gespräche. Ich freue mich, dass in dieser Sache die Ernsthaftigkeit einer Verbesserung gesehen wird und wir etwas tun müssen, um eine Verbesserung für die Anwohner zu erzielen. Ich bitte um Abstimmung.

Der Abänderungsantrag (Anlage 1) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 2) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Ich streite mich nicht über Zuständigkeiten. Die beiden Kollegen werde ich selbstverständlich einladen. Jedoch kann ich ihnen jetzt schon sagen, bei noch so großem Bemühen wird es ein langer Weg werden. Es wird umfangreiche Lärmmessungen, Vertragsentwürfe usw. geben. Wir werden jedoch das Thema angehen. Danke für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

2.)

Zufahrtsstraße „Am Berg“, Straßengrunderwerb;
Vorausverfügung – nachträgliche Genehmigung
DI-LV-28-2011

Der Antrag (Anlage 3) lautet:

Der für die Schaffung der Zufahrt zur „Sportanlage am Berg“ erforderliche Grund wird von den betroffenen Grundeigentümern Eva Wimmer, Wels, Lichtenegger Straße 158, sowie Heinz und Maria Aigner, Wels, Lichtenegger Straße 105, zu nachstehenden Bedingungen erworben:

- Abtretung der benötigten Grundflächen an die Stadt Wels (zu € 23,50 pro Quadratmeter)
- Eva Wimmer: 3.237 m² à € 23,50 - € 76.069,50
- Heinz und Maria Aigner: 302 m² à € 23,50 - € 7.097,00
- Nebenkosten: (Vermessung, Gebühren, GrEst.) € 9.400,00
- Gesamt (rund) € **92.500,00**
- Arrondierung (flächengleich) der durch die neue Trassenführung entstehenden Restflächen.
- Weiterbenutzungsrecht der Flächen bis zur Straßenerrichtung.
- Rückübereignung (Gegenverrechnung) von aufzulassenden Restflächen der Lichtenegger Straße an Fam. Aigner.
- Die Verbücherung erfolgt nach den Sonderbestimmungen des § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz. Die mit der Eigentumsübertragung und bücherlichen Durchführung der Straßengrundabtretung verbundenen Kosten und Gebühren gehen zu Lasten der Stadt Wels.

Die vom Bürgermeister gemäß § 49 Abs. 6 StW. 1992, i.d.g.F., in Verbindung mit § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

3.)

2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014;
Feststellung
FD-Fin-100-2013

Der Antrag (Anlage 4) lautet:

Der 2. Nachtragsvoranschlag der Stadt Wels für das Rechnungsjahr 2014 wird gemäß § 54 Abs.1 StW. 1992 i.d.g.F. mit folgenden Einnahmen- und Ausgabenrahmen festgestellt:

Einnahmen des ordentlichen Haushaltes:	€ 206,116.300,00
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes:	€ 206,116.300,00
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes:	€ 50,643.600,00
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes:	€ 50,643.600,00.

Einstimmig angenommen.

4.)

Holding Wels GmbH; Haftungsübernahme gemäß § 1357 ABGB
 für eine Darlehensaufnahme
 FD-Fin-1801/2-2014

Der Antrag (Anlage 5) lautet:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge beiliegende Haftungserklärung gemäß § 1357 ABGB in Höhe von € 5.000.000,00 samt allfälliger Zinsen, Verzugszinsen und Nebenverbindlichkeiten mit den in Punkt 2 des Amtsberichtes beschriebenen Darlehensgrundlagen beschließen.

GR. DI. Haydinger: Wenn man die Entwicklung der großen internationalen und nationalen Messen betrachtet, wird ein Trend ganz klar. Nämlich der Trend hin zu Messen, die ausschließlich oder überwiegend in Hallen und nicht mehr im Freigelände stattfinden. Alleine aus landwirtschaftlicher Sicht sind einige Messen erwähnenswert, beispielsweise die Euro Tier in Hannover, die Biofach in Nürnberg, die Grüne Woche in Berlin, die Arge Technika in Hannover oder, um in Österreich zu bleiben, die Austro Agrar in Tulln. All diese Messen haben gemeinsam einerseits die immer größere Beliebtheit und sie finden alle von Mitte November bis Mitte Februar statt. Andererseits werden sie witterungsbedingt ausschließlich in Hallen abgehalten.

Insbesondere für die Welser Landwirtschaftsmesse AGRARIA können wir uns durch die Verschiebung auf Ende November viele positive Impulse erwarten. Letztendlich ist diese Verschiebung auf Ende November erst möglich geworden durch den Neubau dieser hochmodernen Halle 21. Aus landwirtschaftlicher Sicht sind die Vorteile für einen späteren Termin leicht erklärt. Zum einen ist die Erntezeit bereits beendet und die Bauern haben mehr Zeit für Messebesuche, zum anderen haben die Landwirte einen Blick über ihren Jahresertrag und können für die kommende Saison planen. Die Aussteller können ihre Innovationen für die neue Saison bereits präsentieren.

Im Hinblick auf alle anderen Messen und Fachausstellungen ist diese Errichtung der Halle 21 nicht nur notwendig sondern auch sehr wichtig, damit sich der Messestandort Wels national und international weiterentwickeln und etablieren kann. Die Welser Freiheitlichen werden daher dieser Haftungserklärung zustimmen.

Vzbgm. Wimmer: Danke für Feststellung, dass die Freiheitliche Partei diesem Antrag zustimmen wird. Ich gratuliere dem Kollegen Haydinger, dass sie die Begründung aus dem Beschluss des Aufsichtsrates der Welser Messe für den Bau dieser Halle hier ganz ausgezeichnet wiedergaben.

Der Antrag (Anlage 5) wird mit

gegen 33 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

5.)

Kunsteisbahn Wels; Verbesserungsmaßnahmen;
Grundsatzbeschluss
SF-FzB-205-2014

Der Antrag (Anlage 6) lautet:

Die Verbesserungsmaßnahmen an der Kunsteisbahn Wels mit einer geschätzten Gesamtsumme von € 1,028.000,00 exkl. MWSt. werden grundsätzlich genehmigt.

GR. KR. Baumgartner: Herr Vizebürgermeister Wimmer erwähnte es bereits, der Sportausschuss befasste sich sehr intensiv mit dieser Materie. Wir besichtigten zwei Eishallen in Kärnten, eine in Radenthein und eine in Villach. Die Eishalle in Villach ist unserer Halle von der Errichtung sehr ähnlich. Auch der Ablauf war ähnlich - es wurde zuerst eine Freilauffläche errichtet, dann eine Überdachung und mehrere Zubauten. Genauso wurde es in Wels gehandhabt. Allerdings ist das jetzt nicht mehr adäquat und zeitgemäß. Die Halle in Radenthein wurde in einem Arbeitsgang errichtet. Der Vorteil besteht dahingehend, dass der dortige Betriebsleiter gleichzeitig der Inhaber der Firma ist, welche die technische Ausrüstung zur Verfügung stellt. Dieser ist immer vor Ort und verwendet dieses Projekt auch als Referenzanlage für andere Interessenten.

Dieser Ausflug war für uns sehr interessant. Daher möchte ich mich bei dieser Gelegenheit bei den Mitgliedern des Sportausschusses bedanken, die dafür einen Tag opferten, um nach Kärnten zu fahren. Bedanken möchte ich mich auch bei der dafür zuständigen Dienststelle, die diese Verbesserungsvorschläge sehr sorgfältig und ausführlich vorbereitete.

Laut Amtsbericht werden sich nach einer groben Schätzung diese Verbesserungsmaßnahmen auf 1,028.000,00 Euro belaufen. Ich hoffe sehr, diese grobe Schätzung hält auch einer Feinabstimmung stand, damit wir am Schluss nicht von zu hohen Kosten überrascht werden. Erwähnen möchte ich noch die Zustimmung des gesamten Ausschusses für diese Verbesserungen.

GR. DI. Leitinger: Wir begrüßen diese Sanierung der Eissporthalle. Die Sporthalle ist seit Jahren heruntergekommen. Sie bietet die Möglichkeit zum Breitensport. Jeder - unabhängig ob Mitglied eines Vereines oder nicht – kann diese Halle benützen. Gerade die Jugendlichen wissen dieses Angebot zu nutzen und zu schätzen. Daher auch unsere Zustimmung zur Sanierung der Eishalle. Auch wenn ich nicht bei der Besichtigung in Kärnten dabei war freue ich mich darauf, wenn diese Eishalle wieder neu erstrahlen wird.

GR. Wartinger: Auch die ÖVP-Fraktion ist für die Sanierung der Eishalle. Es sollte schon ein Kostenvoranschlag vorhanden sein, deren Rahmen auch tatsächlich eingehalten wird. In diese Sportanlage wird sehr viel Geld investiert, deshalb sollten bereits von Beginn an die Kosten klar sein.

Besonders stört mich der Schmutz rund um die Halle. Jeder sollte für seinen Müll selbst verantwortlich sein. Die Kunsteisbahn könnte auch im Sommer benützt werden – das

Freigelände beispielsweise als Basketballplatz. Aber wenn es rund um diese Halle ein paar Wochen später wieder so aussieht, sollte nach dem Motto „innen hui – außen pfui“ nicht so viel Geld investiert werden. Eine solche Anlage gehört instandgehalten und sorgsam gepflegt.

Bgm. Dr. Koits: Wenn ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, so wie der Frau Gemeinderätin Wartinger bezüglich Sauberkeit etc. etwas auffällt, ersuche ich dies im Bürgercenter oder in der zuständigen Abteilung zu melden bzw. die App zu benützen. Das wird natürlich umgehend erledigt.

GR. Mag. Humer: Auch die SPÖ-Fraktion steht diesem Sanierungsprojekt der Kunsteisbahn sehr positiv gegenüber. Dabei handelt es sich ja um kein Verbesserungsprojekt, sondern um eine Generalsanierung einer in den 70-er Jahren errichteten Anlage. Auf dieser Kunsteisbahn trainieren zwei Welser Eishockeyvereine mit starkem Nachwuchs. Sie dient dem Breitensport zum Eislaufen, der Eisdisco, dem Stocksport usw. Diese sind sicher begeistert über eine Sanierung mit modernem, zeitgemäßem Eingangsbereich. Zuerst wird der Außenbereich saniert und gleichzeitig der bestehende Campingplatz aktiviert. Es ist doch ein gewisser Bedarf an Plätzen zum Campieren in Wels vorhanden, denn immer wieder durchreisen Personen Wels und möchten hier kurz verweilen.

Insgesamt wird sehr viel Geld dafür benötigt. Vom Finanzreferenten wird sehr genau darauf geachtet werden dieses Geld zielgerichtet einzusetzen. Die Sanierung erfolgt in einem Zwei-Jahres-Programm. D.h. im ersten Schritt werden das Foyer und der Außenbereich saniert, anschließend der gesamte Innenbereich. Wir stehen dem Projekt äußerst positiv gegenüber, denn 40 Jahre sind eine lange Zeit und bis zur nächsten Sanierung werden vielleicht wieder 40 Jahre vergehen.

GR. Taitl: Der EC WELS wurde im Jänner 1980 gegründet und ist der erfolgreichste Eishockey-Amateurverein Oberösterreichs. Darauf können wir als Welser mit Sicherheit stolz sein. Auch zeigen uns die zahlreichen Landesmeistertitel und Erfolge in der EHLO und Oberliga, dass der EC WELS als fixer Bestandteil der österreichischen Eishockeyslandschaft nicht mehr wegzudenken ist. Beispielsweise war der EC WELS in den Jahren 2010 bis 2014 Innerösterreichischer Landesmeister. In den Jahren 2011, 2012, 2013 war er Sieger des Liwest-Cup Oberösterreich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle wissen, dass die Entscheidung, ob jemand mit dem Sport etwas anfangen kann oder sein Leben lang nichts damit zu tun haben möchte, im Grunde schon sehr früh fällt. Diese Weiche wird im Kindes- und Jugendalter gefällt. Daher ist es für uns wichtig, gerade Kinder und Jugendliche zu unterstützen sich in Sportvereinen zu engagieren. Im Nachwuchs des EC WELS, den Jungen Welser Römern, sind zur Zeit mehr als 60 Kinder aktiv. Von insgesamt 9 Trainern werden die Mannschaften der U7, U9, U11, U13 und U15 trainiert und auf den Ligabetrieb vorbereitet. Mehrere Welser Nachwuchsspieler sind bei den Red Bulls Salzburg und Black Wings Linz in der Nachwuchsbundesliga aktiv und kommen jeweils auf fast 50 Spiele pro Saison. Damit es im Spitzensport Nachwuchs gibt, müssen die Talente früh genug entdeckt werden. Als wichtigste Talentenschmiede gelten die Sportvereine. Besonders erfreulich aus Sicht des EC WELS war die Einberufung von Florian Sinzinger ins Österreichische U15 Nationalteam - nach Gerald Dopona und Moritz Mayer bereits der dritte Welser Nationalspieler.

Generell ist der Nachwuchs des EC WELS sehr aktiv und nimmt an zahlreichen Turnieren in Österreich, Deutschland und Italien teil. Die Jungen Römer Wels sind in allen Altersgruppen in der Landesliga vertreten. Um diesen Betrieb, um den Nachwuchs aufrechterhalten zu können, muss vieles in der Infrastruktur in und um die Eishalle verbessert werden. So bemühen sich viele Eltern der Nachwuchsspieler aus der gegebenen Infrastruktur das Beste zu machen. Mit großem persönlichem Einsatz wird vieles finanziell von den Eltern getragen. Ich möchte mich auf diesem Wege bei allen Ehrenamtlichen für ihre großartige Arbeit in den Welser Sportvereinen sehr herzlich bedanken. Für den EC WELS ist der heutige Beschluss wichtig, um weitere Erfolge erzielen zu können und die erfolgreiche Nachwuchsarbeit fortzuführen.

Vzbgm. Lehner: Dem Lob betreffend Vereinsarbeit in der Welser Kunsteisbahn schließe ich mich meinem Vorredner an. Der Kostenvoranschlag, diese Kostenschätzung stellt für mich einen unklaren Punkt dar. Ich befürchte fast, hier gibt es dann wieder ein böses Erwachen, wie bei anderen Sportprojekten der letzten Jahre, denn bei einer alten Kunsteishalle ist wahrscheinlich auch die Kälteanlage zu überprüfen. Diese Überprüfung fehlt in dieser Beurteilung und ich warne davor, dass uns hier Großinvestitionen im Bereich einer Sanierung im Nachhinein wieder ins Haus stehen. Wenn ich etwas sanriere, muss ich speziell auf die Kältetechnik Rücksicht nehmen. Wir bezeichnen uns als Energiehauptstadt. Hier das Thema Technik und Energie nicht anzusehen, halte ich für fahrlässig. Bitte das noch nachzureichen bzw. gehe ich nach heutigem Stand davon aus, dass das in dieser Kostenschätzung von 1,028.000,00 Euro selbstverständlich enthalten ist.

GR. Weidinger: Ich möchte hier noch einen Nachtrag anführen, weil es hieß, es wurde sehr gut von der Dienststelle Schule und Sport aufbereitet. Bei dieser Aufbereitung handelt es sich um eine Power-Point-Präsentation „Kunsteisbahn Wels.“ Beim Durchblättern erscheinen die ganzen Vorschläge wie beim Foyer: Völlige Entkernung durch Entfernung der alten Einrichtung und auf „Kiosk“-Basis die Neuerrichtung schaffen. Bei der Eishalle steht: Banden, Wege, Kleiderspinde, Dachgebälk, Gummimatten, Sitzplatztribüne. Gut – da kann man sich auch etwas vorstellen.

Wir konnten erst im Sportausschuss nach Hinterfragung erfahren, was damit gemeint ist. Also, eine gute Vorbereitung bzw. Aufbereitung ist vielleicht etwas anderes. Ich möchte aber nicht die ganze Eisplatzsituation schmälern – wir brauchen natürlich eine neue Halle. Wir hätten uns doch gewünscht, dass diese Angelegenheit noch etwas besser vorbereitet und erst in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Gemeinderates eingebracht wird. Herr Vzbgm. Lehner erwähnte es bereits - auch ich habe die Befürchtung einer Kostenausuferung. Dann benötigen wir wieder mehr Geld, ansonsten kann die Halle nicht fertiggestellt werden.

Zwei Dinge sind uns nochmals wichtig. Erstens, eine genaue Aufstellung darüber, was wirklich gemacht wird, wie beispielsweise beim Dachgebälk. Hier werden noch nähere Informationen benötigt. Zweitens, sollten uns die Kosten nicht davonlaufen und auf die Nutzung des Eislaufplatzes haben alle vergessen. Im Amtsbericht sind die Ausgaben des Eislaufplatzes 2012 mit 275.000 Euro, 2013 mit 242.000 Euro, 2014 mit 239.000 Euro und die Einnahmen 2012 mit 87.000 Euro, 2013 85.000 Euro und 2014 mit geplanten 87.000 Euro, angeführt. Zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft ein großes Loch, das gefüllt werden muss. Dazu gehört die Kunsteisbahn von einem guten Management geführt, mit Aktionen, mit den Schulen usw. und ein gutes sinnhaftes Kon-

zept eingesetzt, damit dieser Eislaufplatz mit Leben erfüllt wird. Ansonsten stimmen wir selbstverständlich diesem Projekt zu.

GR. Manfred Wiesinger: Ich möchte auf einen, hier schon am Rande kurz angeschnittenen Punkt noch näher eingehen. Bei Durchsicht der Unterlagen fiel mir positiv die Planung der schon lange gewünschten Caravan-Abstellplätze auf. Hoffentlich werden diese umgesetzt. Diese forderte bereits vor langer Zeit der ehemalige Stadtrat Mag. Klinglhuber.

Dazu möchte ich anmerken, ich glaube nicht, dass das das „Gelbe vom Ei“ ist. Ich habe mich mit dem Thema Caravan beschäftigt, weil es für unsere Handelsunternehmen und Gastronomiebetriebe in der Innenstadt interessant ist. Diese Plätze sind für diese Unternehmen nur interessant, wenn sie fußläufig erreichbar sind. Einige Caravan-Touristen sind zwar mit Rädern ausgestattet und werden auch das innerstädtische Angebot nutzen. Aber für alle anderen Campingplatzbenützer wird es nur ein Abstellplatz, ein Entsorgen und Aufladen der Akkus, Müllentsorgung usw. sein. Grundsätzlich wird es dem Handel nicht viel bringen, aber die Umsetzung eines Caravan-Platzes finde ich gut. Es sollte weiter gedacht werden - vielleicht werden noch zusätzliche Plätze für die Zukunft gebraucht oder es wäre ein anderer Standort geeigneter.

Vzbgm. Wimmer: Zunächst bedanke ich mich wirklich für diese sich abzeichnende sehr große oder einstimmige Zustimmung zu diesem, besonders für die Jugend wichtigen Bauvorhaben. Bedanken möchte ich mich für ihr Engagement beim stellvertretenden Vorsitzenden des Sportausschusses, GR. Baumgartner, der mich krankheitsbedingt bei dieser Exkursion vertrat, sowie beim Kollegen Mag. Bernhard Humer. Bei ihm bin ich mir nicht sicher ob er damit spekuliert, dass bei Fertigsanierung der Kunsteisbahn diese zur Tischtennishalle umfunktioniert wird.

Herr Vzbgm. Lehner, natürlich war das Thema Kältetechnik ein Schwerpunkt in der Diskussion des Sportausschusses. Wir meinten dort einhellig, dass aus Sicht der Energieeinsparung und damit des Umweltschutzes hier entsprechend Überlegungen anzustellen sind. Insbesondere dann, wenn daran gedacht wird die Freifläche vor oder seitlich der Kunsteisbahn wieder mit einer Kältetechnik auszustatten. Dort haben wir seit einem technischen Gebrechen seit einigen Jahren keine Kältetechnik mehr im Einsatz. Der Sportausschuss beauftragte einstimmig die zuständige Dienststelle diese Berechnungen anzustellen, ab welchem Zeitpunkt es betriebswirtschaftlich sich rechnet in eine neue Kältetechnik zu investieren. Dabei handelt es sich um eine Investition mit enormen finanziellen Aufwendungen. Die jetzige Anlage ist zur Zeit funktionsfähig. Das unbedingt nötige Wegreissen des Zementbodens bei Aufstellen einer derartigen Anlage ist sehr aufwendig und zeitintensiv. Deshalb wurde das bei diesem Projekt ganz bewusst ausgeklammert, allerdings mit dem Auftrag, die entsprechenden Berechnungen anzustellen und den Sportausschuss darüber zu informieren. Sollte sich im Zuge dieser Überprüfungen herausstellen, z.B. schon nächstes Jahr wäre es betriebswirtschaftlich überlegenswert in eine neue Technologie zu gehen, wird das geprüft und allenfalls zur Beschlussfassung dem Gemeinderat vorgelegt.

Herr Kollege Weidinger, ich habe den Eindruck sie waren noch nie auf der Kunsteisbahn oder kennen die dort Agierenden nicht. Es ist heute so, dass keine freien Eiszeiten vorhanden sind. Es trainieren zwei Eishockeyvereine, die hervorragende Jugendarbeit leisten und um jede erhaltene zusätzliche Minute dankbar sind. Es ist unsere Aufgabe ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Publikumsverkehr, Eishockeybetrieb,

Kunsteislauf und den Stockschützen herzustellen. Das ist nicht immer möglich. Die Auslastung zu steigern ist aus meiner Sicht praktisch unmöglich. Über die Erhöhung der Tarife könnten sie diskutieren. Dazu müssten sie einen Antrag einbringen – ich mache das nicht. Dadurch könnte das betriebswirtschaftliche Ergebnis heute schon deutlich verbessert werden.

Natürlich gebe ich Frau Wartinger bezüglich der Außenanlagen Recht. Ich weiß aber, Frau Wartinger ist in diesem Punkt besonders kritisch. Es wäre sicher vorteilhaft, diese Beanstandungen sofort mittels App zu melden. Ansonsten danke ich für alle konstruktiven Diskussionsbeiträge und bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 6) zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

6.)

Ankauf eines LKW mit Allradantrieb und Hakenliftsystem
zum Transport von Wechselaufbauten für die Freiwillige
Feuerwehr der Stadt Wels; Ersatz für bestehendes Fahrzeug WE 714 A
SB-FW-17-2014

Der Antrag (Anlage 7) lautet:

Der Auftrag zur Lieferung eines Dreiachs-LKW's mit Allradantrieb, vorbereitet für den Aufbau eines Hakenliftsystems gemäß Angebot vom 22.03.2014, inkl. V-Charge der BBG (0,2 %) in der Höhe von € 138.840,00 inkl. USt. ist im Wege der BBG an die Firma MAN Nutzfahrzeuge Vertrieb Süd AG, MAN-Straße 1, 2333 Leopoldsdorf, zu erteilen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Gemeinderätin Margarete Josseck-Herd

7.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend
Überprüfung des erteilten Auftrages an die Firma SODEXO
für die Schülerausspeisung in den Welser Pflichtschulen
DI-Verf-281-2014

GR. Josseck-Herd: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um den Initiativantrag der Freiheitlichen Partei, der wie folgt lautet:

„Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bürgermeister der Stadt Wels möge den Magistrat beauftragen, die von der Firma SODEXO erbrachten Leistungen auf Grund des erteilten Auftrages für die Schülerausspeisung in den Welser Pflichtschulen zu überprüfen. Die Überprüfung ist noch vor Ende der dreimonatigen Probezeit durchzuführen.“

Kurz gesagt, es bestehen Zweifel darüber, dass die beauftragte Firma die Kriterien erfüllt, welche Grundlagen für die Auftragserteilung waren. Die international agierende Milliardenfirma Sodexo – dies wurde von mir bereits in der vorletzten Gemeinderatsitzung berichtet – ist Marktführer bei der Essensbelieferung von Altenheimen, Krankenhäusern und Kindergärten. Mit der Betonung auf Belieferung, denn die Firma scheint ein richtiges Fernreiseunternehmen für gefrorenes Essen zu sein.

Den Mitgliedern des Schulausschusses wurde von den Beamten der Schulabteilung berichtet, dass die Speisen täglich frisch in Grieskirchen gekocht und dann nach Wels in die Schulen gebracht werden. Herr Reindl-Schwaighofer! Auch bei ihrer letzten Wortmeldung gingen sie davon aus, dass die Speisen in Grieskirchen gekocht werden. Aber das stimmt genauso wenig, wie der angegebene Grund für die Neuausschreibung. Denn im Amtsbericht steht, die zu erwartende Steigerung der Teilnehmerzahl an Schüleressen ist der Grund für die Neuausschreibung. Richtig ist aber vielmehr, dass durch eine Schlaperei im Amt ein vertragsloser Zustand herrschte, der bereinigt werden musste.

Jetzt wird es richtig spannend! Wie gesagt wird das Essen nicht in Grieskirchen gekocht - auch nicht frisch gekocht, wie in den Ausschreibungsunterlagen ausdrücklich verlangt wurde. In diesen steht dezitiert: Das Essen muss täglich frisch gekocht werden.

Es ist vielmehr so, dass die Firma Sodexo ein Generalunternehmen ist und die Zubereitung der Speisen der Firma Apetito in der Stadt Rheine in Nordrhein Westfalen überlässt. Diese Firma kocht in Rheine, friert jeweils vier Portionen in Plastiksäckchen ein und verpackt sie in Kartons mit ihrem Firmenlogo.

Ich habe nun einige Kartons mit und darf ihnen den darauf stehenden Text vorlesen:
Kartoffelpüree tiefgekühlt – die Zutaten sind angeführt, ebenso dass das Essen nach dem Auftauen nicht mehr eingefroren werden darf, die Haltbarkeit endet bei ordnungsgemäßer Tiefkühlung (bei -18 Grad) mit 1. März 2016.
Pfannkuchen mit Nussnougatfüllung – ebenfalls eingefroren.

Tomaten–Mozarella-Suppe – eingefroren, Ablaufdatum 1.2.2016.
Geflügelfrikadelle Huckleberry Finn in süßsaurer Tomatensauce – tiefgekühlt, haltbar bis 26.06.2015.

Diese Kartons werden von Rheine in Westfalen von einer anderen Firma nach Böheimkirchen transportiert. Die Firma Apetito hat dort ihr Zentrallager. Von Böheimkirchen wird das Essen nach Grieskirchen gebracht. Einmal wöchentlich – mittwochs – wird das gefrorene Essen von Grieskirchen in die Welser Schulen geliefert, wo es in den Tiefkühltruhen lagert und nach Bedarf in Dampfgarer aufgetaut und ergänzt wird mit Salat u.a. Das Essen legte somit einen Weg von 1.236 km zurück. Eigentlich schier unglaublich.

Bei solchen Tatsachen sehr geehrter Herr Bürgermeister, gerät eine Veranstaltung zum ökologischen Fußabdruck vor ca. drei Wochen in den Minoriten, an der sie auch teilnehmen, zur Lachnummer.

Meiner Meinung nach werden wesentliche Kriterien der Ausschreibung nicht erfüllt, deshalb fordere ich eine Überprüfung der Einhaltung des Vertrages. In der Ausschreibung steht – wie bereits angeführt – das Essen muss täglich frisch sein – es ist aber gefroren. Die Regionalität ist leider nicht im Vertrag enthalten, weil dieser nicht wirklich ambitioniert entworfen wurde. Aber die Regionalität können wir einfordern mit der Tatsache, dass diese Firma das Gütesiegel des Landes Oberösterreich erhalten muss. Also, diese Firma muss sich überprüfen lassen, ob alle Kriterien dieses Gütesiegels erfüllt werden. Ein ganz wichtiges Kriterium für die Erlangung dieses Siegels ist die Regionalität. Das liest man beispielsweise im Handbuch der Gesunden Küche Oberösterreichs: Regionalität, z.B. Kooperation mit örtlichen Anbietern sowie saisonaler Einkauf stehen im Vordergrund. Oder: Die Ziele sind die Einhaltung der vorliegenden Kriterien und eine kontinuierliche Verbesserung der Verpflegung mit Augenmerk auf Regionalität und Saisonalität. Oder: Die Auszeichnung Gesunde Küche ist ein Markenzeichen für guten Geschmack, regionale und saisonale Küche sowie ernährungsphysiologische Qualität.

In der Ausschreibung steht aber auch, dass entstehender Abfall vom Lieferanten mitgenommen und auf seine Kosten entsorgt werden muss. Jetzt scheint es aber so zu sein, dass das Verpackungsmaterial in die Mülltonnen der Schulen wandert und auf deren Kosten entsorgt wird. Dann stellt sich auch noch die Frage wer die höheren Stromkosten bezahlt, die durch das Lagern des Essens in Kühltruhen entstehen? Alles ungeklärte Fragen. Ich fordere daher die Überprüfung der Einhaltung des abgeschlossenen Vertrages zwischen Magistrat der Stadt Wels und der Firma Sodexo und wünsche mir totale Transparenz im Prüfbericht. Dafür ersuche ich um ihre Zustimmung. Vor einer Zuweisung in den Schulausschuss warne ich, weil die Probezeit am 08. Dezember 2014 endet.

GR. Reindl-Schwaighofer: Die erwähnte Ausschreibung hat verschiedene Facetten. Eine davon ist die Bundesvergabeordnung, deren Anwendung seitens des Magistrates völlig richtig war, wie gesetzlich vorgeschrieben. Die Ausschreibung erfolgte dahingehend, dass verschiedene Firmen europaweit mitbieten konnten. Die Anbotlegungen entsprachen den gesetzlichen Normen. In Österreich gibt es gesetzliche Rahmenbedingungen für die Vergabe von verschiedenen Dienstleistungen im öffentlichen Bereich. Nach diesen müssen wir uns halten.

Im Ausschuss wurde darüber viel diskutiert. Zum Thema Gesunde Ernährung gab es Initiativen der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, in denen es um Bio-Lebensmittel, um Regionalität usw. ging. Nun muss ich mich wundern, Frau Kollegin Josseck-Herdt, in den Ausschusssitzungen gingen die Wortmeldungen ihrer Fraktion nicht in die Richtung ihrer Argumentation. Die KollegInnen aus dem Schulausschuss wissen sicher noch die angesprochene Bedeutung von Bio-Lebensmitteln. Dabei ging es nicht nur um den Preis. Ich verweise auf die differenzierten Diskussionsbeiträge der SPÖ-Fraktion.

Es ist richtig, dass die Firma Sodexo marktführend in diesem Bereich ist. Bei den Ausschreibungen geht es neben dem Qualitätsmerkmal vor allem um den Preis. Jeder, der sich näher damit befasst, weiß, dass diese Firmen im sog. Baukastensystem arbeiten. Für die SPÖ-Fraktion kann ich sagen, dass wir uns dafür interessierten – nicht nur in Form von Presseaussendungen – sondern wir nahmen an den Probeverkostungen teil, haben mit den Eltern und mit den Lehrern gesprochen, uns informiert, mit den Direktorinnen Gespräche geführt. Diese erzählten uns, dass das Essen sehr gelobt wird, dass früher zwei bis drei Anrufe in der Woche von erbosten Eltern über das schlechte Essen einlangten. Heute wird das Essen nur mehr gelobt. Aber das ist eine Frage des subjektiven Qualitätsempfindens der die Mahlzeiten einnehmenden Menschen. Es ist ein wesentlicher Bestandteil, dass die Kinder die Mahlzeiten gerne essen und satt werden. Zum Teil war es ein Vorwurf der Eltern, dass die Kinder das Essen nicht annahmen und hungrig nach Hause kamen, obwohl sie sich für das Essen anmeldeten und dieses auch bezahlten.

Aus den Ausführungen der Vertreter der Firma Sodexo entnehme ich, dass die frischen Produkte in Grieskirchen durch die Firma Grösswang beigefügt werden. Die Firma Grösswang hat nun das sog. Baukastensystem, welches vorsieht, dass die verschiedenen Zutaten separiert zubereitet und nach den verschiedenen Speiseplänen zusammengestellt werden. Der Unterschied zur Tiefkühlkost – wie mir erklärt wurde – ist, dass diese Speisen zu 75 % vorgegart werden und in der Schule in den vorhandenen Dampfgarern fertiggekocht werden. D.h. es ist ein großküchengefertigtes Essen im Baukastensystem, welches zusammengeführt wird. Aber es ist alles nicht überraschend, wenn man weiß wie die Nahrungsmittelindustrie und die Großgastronomie kocht. Wenn sie von Regionalität sprechen - auch ein Welser Koch, der bei einem der großen Handelsketten einkauft, hat keine regionale Garantie für die Lebensmittel. Oder wollen sie mir sagen, dass wir bei einem Einkauf in der Firma Metro oder Pfeiffer immer genau wissen, dass es sich um regionale Produkte handelt, die keine hunderte von Kilometer zurückgelegt haben?

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion ist grundsätzlich für eine Überprüfung. Es geht mir nur darum, dass alles Gesagte ja nicht überraschend ist. Wenn ein großer Erzeuger den Zuschlag bekommt, produziert er natürlich in größeren Zusammenhängen und auf größeren Flächen.

Es ist nicht konsistent, wie die FPÖ-Fraktion an dieses Thema herangeht. Ihre Argumente wurden im Ausschuss zum Thema Bio-Produkte bereits diskutiert. Eine Fraktion, die grundsätzlich den Footprint-Bericht nur entgegennimmt und sagt, ja wir hörten es, aber wir wollen keine Maßnahmen setzen, die zum Bereich faire Lagerhaltung sogar im Personalbeirat eine Personaleinheit ablehnt, die zu 75 % bezahlt wird, hat keine Glaubwürdigkeit zu den Fragen Footprint oder Bio. Es geht nur um Panikmache.

Wie gesagt, die SPÖ-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen, weil es uns wichtig ist, dass die Kinder ein gutes Essen auf den Tisch bekommen.

GR. Mag. Mayrhofer: Wir hörten bereits, das Schulessen wurde neu ausgeschrieben und bestechend oder ausschlaggebend war der Preis – nicht die Regionalität, nicht die Bestandteile des Essens, also wie viel Bioanteil in den Essen – sondern das ausschlaggebende Kriterium war alleine der Preis. Wir als GRÜNE-Fraktion wünschten uns, dass natürlich in der Ausschreibung angeführt wäre: „Regionalität ist uns ein großes Anliegen“. „Bio ist uns ein wichtiges Anliegen“. Das wurde in der Ausschreibung nicht gemacht. Es darf nicht nur der Preis das alleinige Kriterium sein nach dem entschieden wird. Jetzt haben wir mit der Firma Sodexo einen neuen Anbieter. Die Zufriedenheit mit diesem Anbieter ist groß – das ist nicht von der Hand zu weisen.

Eine Überprüfung innerhalb der Probezeit ist durchaus gut und notwendig, denn wozu sonst vereinbart man eine Probezeit? Wir als GRÜNE-Fraktion wünschen uns, falls es zu einer neuen Ausschreibung kommt, dass beispielsweise die regionale Produktion als Kriterium deziert in eine neue Ausschreibung aufgenommen wird, so es eine geben sollte.

GR. Mag. Lipp: Meine Wortmeldung ist mir ein besonderes Anliegen, da ich sozusagen eine Betroffene bin. Meine Tochter besucht eine Nachmittagsbetreuung und konsumiert bereits drei Jahre das Mittagessen. Mit der Verpflegung an den Schulen bin ich bereits seit dem Frühling 2013 beschäftigt. Zu diesem Zeitpunkt wendeten sich Elternvertreter an Herrn StR. Zaunmüller, weil sie damals mit dem Essen nicht zufrieden waren.

Zwischenzeitlich erfolgte die Ausschreibung. Mit dem Probeessen war ich persönlich sehr zufrieden, es ist sehr ansprechend und kindgerecht zubereitet. Ich hörte von mehreren Schulen, von deren Schülern, Lehrern und auch von Eltern, dass die Zufriedenheit sehr groß ist. Die Kinder essen sehr viel. Das sollte uns am Herzen liegen.

Wir diskutieren hier die technischen Belange – aber was ist uns wichtig? Wichtig sind die Kinder, die ganztägig in der Schule sind, die gutes und gesundes Essen brauchen, damit sie sich auch noch nachmittags konzentrieren können. Dafür müssen wir einstehen und das soll für uns alle das Wichtigste sein.

StR. Kroiß: Geschätzte Kollegin Petra Lipp! Du hast Recht, natürlich geht es um die Kinder, dass das Essen schmeckt und auch die Qualität stimmt. Das wird von uns nicht bekräftelt. Die Ausschreibung erfolgte nach den Bundesvergaberichtlinien. Das war der Grund für die Zustimmung der FPÖ zu diesem Antrag am 30.06.2014.

Wir müssen uns jedoch schon fragen, wenn es bei dieser Ausschreibung eine Leistungsbeschreibung gibt und in dieser sind absolute Muss-Kriterien enthalten, dann kann ich doch nicht einfach sagen, alles was ich vorher forderte, zählt nachher nicht mehr. Der Bio-Gedanke der GRÜNE-Fraktion ist im Zertifikat der Gesunden Küche Oberösterreichs enthalten. Auch deswegen stimmten wir dem Antrag zu. In der Leistungsbeschreibung ist enthalten, der Bieter muss mit der Urkunde des Projektes Gesunde Küche des Landes Oberösterreich ausgezeichnet sein oder sich bis längstens drei Wochen nach der Auftragserteilung zur Erlangung der Urkunde anmelden. Wir glaubten, dass dies für die Firma Sodexo kein Problem darstellt, weil in Grieskirchen das Essen zubereitet wird. Erst im Nachhinein erfuhren wir, dass das Essen durch die Firma Appetito in Rheine gekocht wird.

Das Zertifikat Gesunde Küche ist das Markenzeichen Oberösterreichs, welches einmal jährlich durch den Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer an oberösterreichische Betriebe vergeben wird. Der Begriff Gesunde Küche steht nicht nur für guten Geschmack, sondern auch für regionale und saisonale Küche im Sinne einer optimalen Mischkost. Hier ist gemeint die oberösterreichische Regionalität! Wenn ich das in der Leistungsbeschreibung enthalten habe, kann ich jedoch nicht einfach sagen o.k. das Essen wird in Rheine gekocht. Die Qualität selbst ist in Ordnung. In dieser Großküche wird sicher auf die Hygiene und auf die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen geschaut. Aber eines ist klar, die Leistungsbeschreibung ist unserer Meinung nach nicht erfüllt. Das verzerrt auch den Wettbewerb.

StR. Zaunmüller: Selbstverständlich evaluiert die Abteilung Schule und Sport, selbstverständlich schaut der Schulreferent, dass alles in Ordnung ist. Beginnen möchte ich bei den über meine Bitte hin erhaltenen Rückmeldungen der DirektorInnen der betroffenen Schulen:

Ich zitiere: Das Essen der Firma Sodexo wird von unseren Schülern, Schülerinnen und Lehrkräften sehr gut angenommen. Es ist abwechslungsreich, mit sehr viel Gemüse, sehr schmackhaft. Die verschiedenen Fischgerichte“!“ kommen bei den Kindern auch sehr gut an. Besonders positiv sehe ich das liebevolle Anrichten der Speisen mit Tomatenscheiben, Salatblatt etc. Insgesamt stelle ich eine wesentliche Verbesserung der Qualität des Essens gegenüber dem Vorjahr fest. Die Speisen werden frisch zubereitet und nicht stundenlang warm gehalten. Das Gemüse ist knackig, schaut lecker aus, schmeckt ausgezeichnet.

Sehr positiv – so sagt die SchulleiterIn – ich bleibe bewusst anonym, die KollegInnen des Gemeinderates haben hier selbstverständlich Einsicht – überrascht bin ich über die Tatsache, dass sich die Firma Sodexo Gedanken über unsere Schulkinder macht und von sich aus nur schweinefleischfreie Gerichte anbietet.

Feedback der Kinder einer anderen Schule: Heuer schmeckt´s lecker! Die Burger sind super – gemeint sind die Vollkornweckerl mit Salat und Fisch. Salat und Gyros schmecken so gut. Wir sind zufrieden. Das ist eine tolle Firma.

Übrigens haben alle DirektorInnen das Feedback abgeliefert!

Weiteres Feedback: Die SchülerInnen und Lehrkräfte sind mit dem Essen sehr zufrieden. Wir haben zur Zeit zwischen 90 und 100 Esser, im letzten Schuljahr waren es ca. 70. Auch die Eltern sind von der Zufriedenheit ihrer Kinder sehr angetan. Frau „Name“ bemüht sich sehr das Essen den Kindern nett zu präsentieren. Wir sind rundum zufrieden.

Für die „Schule“ gilt höchste Zufriedenheit bei den Kindern als auch bei den Lehrern.

Die Firma Sodexo teilte weiterhin auf Anfrage mit – ich muss dazu sagen, ich bin kein Lebensmitteltechniker, ich bin kein Chemiker, ich kann mich nur darauf verlassen was uns mitgeteilt wird – dass sie bzw. der Hersteller auf jegliche Geschmacksverstärker verzichtet. Ich glaube das ist eine sehr wichtige Komponente.

Die Firma verwendet keine künstlichen Aromen. Durch die genaue Portionierbarkeit dieser Gerichte entsteht 80 % weniger sog. „Nassmüll“. Auch dies ist eine interessante Komponente.

In der Diskussion haben wir uns ein bisschen vom eigentlichen Antrag entfernt. In diesem steht: Es stellt sich daher die Frage, ob dies den Qualitätsrichtlinien des Projektes Gesunde Küche des Amtes der öö. Landesregierung entspricht. Auch der Terminus frisch gekocht fehlt. Lt. Mitarbeitern des Magistrates hat sich nach Zuschlagerteilung die zuständige Firma beim Amt der öö. Landesregierung angemeldet, um das Prädikat Gesunde Küche zu erreichen. Diese Anmeldung ist lt. den mir vorliegenden Urkunden rechtzeitig erfolgt. Die entscheidende Sitzung des Landes über die eingelangten Anträge findet meines Wissens diese Woche statt.

Mir liegen ca. 12 Zertifikate für diese Firma vor, sogar vom TÜV Deutschland. Dieses sagt meines Erachtens weit mehr aus als das Zertifikat der Gesunden Küche Oberösterreichs. Das ist jedoch meine subjektive Meinung.

Über das Thema frisch gekocht lässt es sich ganz nett diskutieren. Frisch gekocht ist, wenn ich mit der Zubereitung der Speisen um 10.00 Uhr beginne und dieses um 12.00 Uhr auf dem Tisch steht. Das sind Kriterien aber nicht für eine Großküche und für eine Küche, die diese Dimension an Portionen zubereitet. Was heißt frisch gekocht? Darauf bekam ich keine 100%ige Antwort.

Ich darf ihnen ein Beispiel anhand dieser Tafel mit einem Paprika zeigen: Der Paprika ist rot. Wenn sie diesen frisch kochen und sie beginnen damit in der früh, dann dauert dies maximal drei Stunden, dass der Paprika noch 90 % Vitamin C enthält. Bei den Auslieferungen und bei der Zubereitung in den vergangenen Jahren war es so, dass der zuständige Verantwortliche natürlich in der früh mit dem Kochen beginnt, dann wird es meistens gegen 10.00 Uhr warm ausgeliefert. Die letzte Ausspeisung war dreieinhalb Stunden später. Dreieinhalb Stunden später haben sie bei einer Paprika noch 42 % Vitamin-C-Gehalt, also weniger als die Hälfte. Bei frisch gekocht im Sinne des neuen Anbieters, also gegart - eine sehr schonende Zubereitungsmethode - können sie punktgenau diesen 90 % Vitamin-C-Gehalt einer Paprika erreichen. Weil er tatsächlich unmittelbar vor der Ausspeisung frisch gegart und frisch gekocht wird.

Betreffend zurückgelegte Kilometer einer Speise möchte ich noch sagen, meine Damen und Herren, jeder hier im Saal isst gelegentlich gerne Rindfleisch aus Argentinien oder trinkt einen südaustralischen Rotwein und schließt den Magen schließlich mit Käse aus Frankreich. Da machen wir uns auch so viele Gedanken über viele hunderte und tausende Kilometer, die die Speisen oder Getränke zurücklegen? Das ist so nicht sehr solide gesagt.

StR. Raggl-Mühlberger: Zum Thema Kilometer möchte ich mich zu Wort melden. Schließlich beschlossen wir im Gemeinderat am 18.11.2013 die Energiestadt Wels. Darin ist das Projekt Footprint enthalten, dotiert mit 75.000 Euro für dieses Jahr. Einige Welser haben sich zu Wort gemeldet und arbeiten ambitioniert bei diesem Projekt mit, besuchen alle Veranstaltungen. Ich möchte ihnen einige Überlegungen dieser Teilnehmer zum Projekt Footprint näher bringen: Soll ich immer nur Frischkäse essen oder auch Hartkäse? Weil Hartkäse meinen Footprint verschlechtert? Soll ich zu einer Hochzeit meines besten Freundes nach New York fliegen? Wann gehe ich zur Vogelbeobachtung in die Grünau, wenn noch keine öffentlichen Verkehrsmittel fahren? Uns in

Wels ist es auf einmal egal, wenn wir 1.183 km die Ware anliefern, d.h. von Deutschland nach Böheimkirchen und anschließend nach Grieskirchen? Dies ergibt einen CO²-Ausstoß von 904,7 kg. Jeder PKW in Österreich verbraucht 2,4 to. Ein bisschen auf unseren Footprint Rücksicht zu nehmen und sich als Vorbildwirkung Gedanken zu machen wo die Ware herkommt, finde ich doch sehr wichtig.

Vzbgm. Lehner: Bei der Mitverfolgung der Diskussion mache ich mir ernsthaft Sorgen um die Welser Arbeitsplätze. Eines ist klar, der Gemeinderat beschloss mit großer Mehrheit den Auftrag an die Firma Sodexo mit klaren Vertragsbedingungen. Diese sind zu überprüfen. Ob sie erfüllt werden oder nicht ist für mich überhaupt keine Frage, dazu braucht es auch keinen Gemeinderat. Aber heute einen Auftrag zu bezweifeln, der vor einigen Monaten gefasst wurde, vermittelt der Welser Wirtschaft den Eindruck, dass die Wirtschaft, die vom Export in hohem Maße abhängig ist, sich nicht mehr dem internationalen Wettbewerb stellen muss. Dass die Wirtschaft, wo 60 % der Wertschöpfung im Ausland in Österreich erzielt wird, keine Sicherheit mehr hat, nämlich weder in einer Gemeinde, vielleicht dann auch nicht mehr im Land und schon gar nicht im Bund. Also diese Vorgangsweise der FPÖ ist für mich ein Armutszeugnis der Politik. Wir müssen uns dazu bekennen, dass es Wettbewerb gibt. Wir alle haben es sehr negativ aufgenommen, dass kein Welser Unternehmen den Auftrag erhielt. Es war für keinen Gemeinderat angenehm gegen einen Welser Betrieb zu stimmen. Wir alle hätten den Auftrag lieber einem Welser Unternehmen gegeben. Aber es gab eine Ausschreibung und es ging ein klarer Sieger daraus hervor. Wenn es ein Ergebnis gibt, haben wir im Sinne eines fairen Wettbewerbes zu dieser Entscheidung zu stehen, zu schauen ob die Vertragsbedingungen eingehalten werden.

Es ist ein Skandal welches Signal hier die FPÖ über den Gemeinderat von Wels hinausendet, dass Wettbewerb egal ist, dass die Welser Arbeitsplätze egal sind. Ich nenne hier die Welser Unternehmen, die primär vom Export abhängig sind, ganz egal ob dies die Firma Trodat, die Firma Colop, die Firma TGW, die Firma Teufelberger sind – alle diese Firmen leben im überwiegenden Ausmaß vom Export. Wir setzen dieses Signal, wenn wir hier diesen Wettbewerb im Gemeinderat der Stadt Wels de facto vom Tisch wischen und jammern, weil das Essen in Rheine, 620 km von Wels entfernt, gekocht wird. Auf der anderen Seite werden aber genauso, das wurde bereits erwähnt, die Lebensmittel nicht am Markt gekauft – was mich als Marktreferent schmerzt – sondern sie werden gekauft bei internationalen Großhändlern und anschließend gekocht. Das macht de facto in vielen Bereichen keinen Unterschied bzw. wenn es einen großen Unterschied macht, wo waren die Referenten oder die Gemeinderatsmitglieder der FPÖ-Fraktion, die im Ausschuss bei der Diskussion, bei der Vergabe das eingefordert haben, dass dies die Kriterien sein müssen? Diese Wortmeldungen fehlen mir im Nachhinein. Jetzt, wenn man draufkommt man hätte etwas falsch gemacht, die Schuld jemanden anderen in die Schuhe schieben ist fatal und ein schlechtes Zeichen an die Wirtschaft in unserer Stadt.

Vzbgm. Dr. Rabl: Für Peter Lehner ist ja recht schnell etwas ein Skandal, wenn man sich das so anhört. Es ist nämlich schon ein Skandal wenn man verlangt, dass etwas überprüft wird. Wenn das schon ein Skandal ist, stellt sich die Frage, was hat er denn zu verstecken, wenn er nicht einmal will, dass etwas überprüft wird? Das ist genau das Problem an dieser Diskussion. Wir stellten einen Antrag auf Überprüfung, das ist per se überhaupt kein Skandal, das ist das Recht jedes Gemeinderates, weil wir dafür verantwortlich sind, dass Verträge, welche die Stadt Wels abschloss, auch eingehalten werden. Wir können doch wohl verlangen, dass dieser Vertrag innerhalb der Probefrist von

drei Monaten überprüft wird. Von einem Skandal hier zu sprechen, lieber Peter, da bist du in deiner Wortwahl etwas zu weit gegangen.

Wenn ich mir diese Ausschreibung ansehe, haben wir bereits bei Abschluss gemahnt, dass die Speisen frisch zubereitet sein mögen und dass es eine regionale Küche gibt. Nichts anderes wollen wir auch jetzt überprüft haben, ob das eingehalten wird oder nicht. Sollte sich bei der Überprüfung herausstellen, dass dies alles gemacht wird, dann ist der Vertrag natürlich einzuhalten. Der Skandal liegt darin, dass du dich über diese Überprüfung so beschwerst. Das ist für mich völlig unverständlich.

Wenn die Freiheitlichen auch zukünftig darauf schauen, dass Verträge eingehalten werden und die Welser Wirtschaft gefördert wird - offensichtlich bist du auf der Seite von internationalen Großkonzernen – dann, lieber Peter, sind wir gerne im Interesse der Welser Unternehmen unterwegs und wir werden Anträge im Gemeinderat stellen, dass weiterhin für Welser Unternehmen Überprüfungen vorgenommen werden. So leid es mir tut, dass kein Welser Unternehmer hier zum Zug kam, haben wir trotzdem das Recht zu prüfen, ob der internationale Konzern nicht unter Umgehung oder Außerachtlassung gewisser vertraglicher Bestimmungen sich einen Vorteil verschaffte, den ein Welser Unternehmer bei gleichen Bedingungen vielleicht auch hatte. Insofern muss ich sagen, das was wir hier machen ist die Wahrnehmung Welser Interessen. Das vermisse ich bei dir schon einigermaßen, weshalb wir hier von einem Skandal ganz weit entfernt sind.

Es ist durchaus gerechtfertigt, wenn das Essen 1000 km verfrachtet wird, hier einmal zu hinterfragen, ob dies den Umweltrichtlinien entspricht, die wir hier im Gemeinderat tag-ein tagaus diskutieren, Projekte über CO²-Abdrücke usw., die dann, wenn es darum geht, dass Welser Unternehmer zum Zug kommen sollen, einfach über Bord geworfen werden und überhaupt keine Rolle mehr spielen. All das ist ein Skandal und nicht dass wir hier ganz normal hinterfragen ob Verträge eingehalten werden.

Es ist tatsächlich gerechtfertigt diesen Antrag zu stellen und die Angelegenheit innerhalb der Frist zu hinterfragen, da nur in dieser Zeit beurteilt werden kann ob der Vertrag eingehalten wird. Die von uns gefundenen Indizien ließen uns daran zweifeln. Was sonst sollen wir tun als den Gemeinderat mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, weil er genau das Gremium dafür ist zu diskutieren. Wem nicht gefällt, dass eine Sache öffentlich diskutiert wird, die die Stadt Wels betrifft, ist hier offensichtlich im falschen Gremium.

Wir handelten daher völlig richtig, wir verlangten nur eine Überprüfung, wir verlangten keine Vertragsaufhebung, keine Neuausschreibung, sondern lediglich eine Überprüfung. Das ist ein legitimes Recht, welches wir in Anspruch nehmen.

GR. Schatzmann: Weil sie gerade von Skandal sprechen, möchte ich ihnen einen Skandal zitieren: 25.-28.09.2012 – 11.200 Kinder mit Brechdurchfall, Norovirus, verursacht durch die Firma Sodexo mit Erdbeeren, die sie aus China erhielten. Das war ein Skandal! Ich habe hier die Ausschnitte aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, aus dem Berliner Tagesspiegel und ich habe auch im Internet recherchiert. Die Firma Sodexo ist eine der weltgrößten Firmen nicht nur im Lebensmittelbereich, sie kauft auch alle Firmen auf. Die Firma Sodexo ist ein sog. Heuschreck. Überall setzt sie sich hinein und nimmt die kleinen Betriebe mit. Sie haben in 80 Ländern im Jahre 2011 bis 2012 428.000 Mitarbeiter an 34.300 Standorten und einen Umsatz von über 18 Milliarden Euro erwirtschaftet. Weltweit haben sie 75 Mio. Endkunden. Ich frage mich, wie eine

Firma dieser Größenordnung an so einem Auftrag, der im Grunde genommen für die Firma ein Pimpinella-Auftrag ist, zuschlagen konnte oder warum sie sich dafür interessierte? Da muss noch ein anderer Gedanke dahinterstecken. Wahrscheinlich möchte sie in Österreich mehr Fuß fassen und dann weiterhin hier alle Firmen aufkaufen. Anders kann ich mir das nicht vorstellen, denn der Auftrag für diese Firma ist lächerlich bei einer Größenordnung von 18 Milliarden Euro.

GR. LAbg. Dr. Csar: Bei dieser Diskussion sollte es nicht darum gehen, ob eine schlechte oder gute Qualität angeboten wird und insbesondere, dass der Zuschlag an die Firma Sodexo nicht deshalb erfolgte, weil eine mangelnde Qualität von einem Welser Betreiber geliefert wurde. Es geht darum, dass ein Ausschreibungsverfahren ordnungsgemäß und nach den Richtlinien und den gesetzlichen Vorgaben von den Magistratsmitarbeitern durchgeführt wurde. Aufgrund dessen erhielt die Firma Sodexo den Zuschlag.

Erstaunlich finde ich, dass im Nachhinein, nach einer intensiven Diskussion in einer der letzten Gemeinderatssitzungen, in denen nie angezweifelt wurde, dass die Ausschreibungen nicht ordnungsgemäß waren, jetzt suggeriert wird, dass bei den MagistratsmitarbeiterInnen dort oder da etwas falsch lief und daher die Ausschreibung doch nicht so korrekt war. Das finde ich unfair. Die MitarbeiterInnen haben sicher nach den gesetzlichen Vorgaben gehandelt. Dass im Nachhinein der eine oder andere etwas hätte noch ergänzen wollen, kann schon sein. Bei der Gemeinderatssitzung im Juni d.J. haben die Fraktionen der SPÖ, FPÖ und ÖVP den Zuschlag an die Firma Sodexo beschlossen. Nur die GRÜNE-Fraktion enthielt sich der Stimme.

Bei dieser Gemeinderatsitzung äußerte sich die Kollegin Josseck-Herdt dazu, dass es billiger wird, kein Problem gesehen wird und dass auch die FPÖ-Fraktion sehr wohl voll und ganz hinter der Entscheidung steht und diesen Antrag mitunterstützen wird. Kollege Markus Wiesinger machte sich die Mühe und suchte sich das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 30.6.2014 heraus. Ich zitiere: GR. Josseck-Herdt: Ich betone, diese Ausschreibung wurde rechtlich korrekt durchgeführt. Immerhin erspart sich die Stadt bei 45.000 Portionen pro Jahr 17.000 Euro. Das ist genau der Betrag, den die Stadt als Zuschuss zum Elternbeitrag leistet. Dabei handelt es sich um eine Menge Geld und alle sind zufrieden.

Jetzt ist es anders – das ist der wahre Skandal! Wir beschließen etwas im Gemeinderat und einige Wochen später ist plötzlich alles anders. Man merkt bereits, der Wahlkampf beginnt. Jedoch finde ich es unfair, immer wieder das Gleiche von sich zu posaunen und so zu tun als würde hier ein Skandal vorliegen. Tatsache ist, die Ausschreibung war korrekt, sie wurde diskutiert, im Gemeinderat besprochen und auch mit Stimmen der FPÖ beschlossen. Kein Mensch ist gegen eine Überprüfung. Walter Zaunmüller sagte bereits, er informierte sich als zuständiger Stadtrat ohne Auftrag der Gemeinderatsfraktion. Unsere Kollegen aus der ÖVP-Fraktion machen dies selbständig, danke Walter dafür. Die Umfrage ergab eine gute Qualität, niemand hat Anlass dagegen etwas einzuwenden. Eine Überprüfung der Angelegenheit wurde von StR. Zaunmüller bereits in Auftrag gegeben. Wir wissen auch, der Zuschlag gilt für ein Jahr. Anschließend wird darüber gesprochen.

Es ist wichtig zu sagen welche Auswirkungen diese Vorgangsweise für uns als Stadt und insbesondere für die Welser Wirtschaft hat. Peter Lehner führte uns drastisch vor Augen, wenn sich niemand mehr auf Aussagen der Politik, des Gemeinderates, des

zuständigen Stadtsenatsmitgliedes verlassen kann, wird sich kein Gewerbetreibender dafür finden in Wels zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Wir sind ein Spiegelbild dafür und es ist wichtig mit gutem Beispiel voranzugehen.

Es soll nicht über die Qualität des Essens diskutiert werden. Die Qualität unseres politischen Handelns ist wichtig und darf nicht „unappetitlich“ sein.

Vzbgm. Dr. Rabl: Es gibt einen Vertrag zwischen der Stadt Wels und der Firma Sodexo. In diesem ist ausdrücklich eine dreimonatige Probezeit enthalten. Wenn die Probezeit vorbei ist, wird der Vertrag automatisch verlängert. Vor Ablauf der Jahresfrist, wenn der Vertrag nicht gekündigt wird, verlängert sich dieser wieder automatisch jedes Jahr.

Wir sind gerade in dieser Probefrist, d.h. wir können jetzt, wenn die Voraussetzungen nicht eingehalten werden, vor Ablauf der Vertragsdauer den Vertrag kündigen weil eventuell vertragswidrig. Wir wollen nichts anderes als prüfen, ob sich die Firma Sodexo vertragskonform verhält. Sonst nichts! Wir wollen nicht die Qualität des Essens kritisieren, weil es ein dementsprechendes Gütesiegel gibt. Es geht uns ausschließlich darum, es möge in der Probezeit überprüft werden, ob der Vertrag eingehalten wird. Das ist per se kein Skandal so etwas zu verlangen. Es ist wie bei einem Dienstnehmer – auch dort gibt es eine Probezeit von einem Monat. In dieser Probezeit sieht man ob die Erfordernisse erfüllt werden. Wenn nicht kann jederzeit – auch der Dienstnehmer – der Vertrag gekündigt werden. Das ist der Sinn einer Probezeit.

Es ist kein Skandal innerhalb der Probezeit überprüfen zu lassen, ob alle Voraussetzungen erfüllt sind. Ich verstehe nicht, warum dies so schwierig ist und dieser Antrag eine so große Aufregung verursacht. Schon gar nicht verstehe ich, was die Welser Wirtschaft damit zu tun haben soll, wenn die Freiheitlichen verlangen, dass innerhalb der Probezeit geprüft wird, ob der Vertrag eingehalten wird. Das ist im Gegenteil etwas ganz Normales und ich finde es befremdlich, dass dies nun umgekehrt ist. Es soll außerhalb der Probezeit eine Überprüfung gemacht werden? Doch wenn, dann nur innerhalb der Probezeit, weil ich dann die rechtlichen Möglichkeiten habe den Vertrag aufzulösen. Das war das Ziel dieses Antrages. Alles andere, wie beispielsweise die Behauptung der ÖVP wir wollen die Wirtschaft schädigen, ist Wahlkampfgetöse seitens der ÖVP. Anders kann ich mir das nicht erklären.

Betonen möchte ich insbesondere, es ist kein Angriff auf StR. Zaunmüller. Dieser hat mit dem Ergebnis der Sache nichts zu tun. Die Ausschreibung wurde korrekt durchgeführt, das Vergabeverfahren ist korrekt abgelaufen – wir behaupteten nie das Gegenteil. Wir behaupteten auch nicht, dass irgendwer eine Unkorrektheit zu verantworten hätte. Aus unserer Sicht war alles in Ordnung. Das war der Grund für eine Zustimmung im Gemeinderat. Jetzt in der Probezeit wollen wir einfach wissen, wird der Vertrag eingehalten oder nicht. Mehr wollen wir nicht. Sollte sich StR. Zaunmüller angegriffen fühlen, kann ich mir nicht vorstellen warum. Tatsache ist in der Probezeit muss überprüft werden und nicht zu einem späteren Zeitpunkt.

GR. Weidinger: Ich unterstelle hier eindeutig der FPÖ Wahlkampfgetöse, denn so geht man mit dieser Materie nicht um. Wenn ich eine Überprüfung in der Probezeit möchte, dann gehe ich mit meinen Bedenken zum zuständigen Referenten mit der Bitte um gemeinsame Überprüfung. Aber was macht die FPÖ? Die FPÖ gibt eine Presseaussendung hinaus und veranstaltet um diese Sache ein großes Getöse. Lieber Andreas, was ihr betreibt ist Wahlkampf pur.

Bei dieser Materie vergessen wir jedoch den Betroffenen. Herr Harald Teibl sitzt im Zuhörerbereich, der diese Schulausspeisung bis zur Neuvergabe innehatte. Mir geht es auch um die Person Harald Teibl. Mir fällt auf, wir machen für ihn gar nichts. Das fehlt mir. Er braucht Unterstützung, vielleicht könnten wir ihm etwas anbieten.

Ich bleibe dabei, es ist Wahlkampfgetöse der FPÖ und eigentlich überflüssig.

Vzbgm. Lehner: Wenn man nicht sicher ist ob ein Vertrag eingehalten wird, was macht man dann in der Politik? Man geht zum zuständigen Referenten und fragt nach wie es mit der Vertragsüberprüfung aussieht? Wird eine solche gemacht? Wie ist der aktuelle Status bei der Vertragserfüllung? Gibt es dieses Gütesiegel schon? Ist es in Vorbereitung - oder was auch immer?

Die FPÖ wählte hier einen ganz anderen Weg, ihr ging es nur um die Schlagzeilen. Ihr ging es darum einen freien Wettbewerb schlecht zu reden. Es ist ein sehr wichtiges System für die Welser Wirtschaft. Ich meine nicht die internationalen Konzerne, sondern die in Wels ansässigen Betriebe. Es gibt in Wels Zulieferbetriebe für die Firma Sodexo. Ich meine viele andere Betriebe, die international exportieren. Das sind viele Ein-Personen-Unternehmen, die vom Export, vom internationalen Wettbewerb leben.

Wie geht es nun mit dem Unternehmen des Herrn Teibl weiter? Wo gibt es hier Möglichkeiten in anderen Bereichen diese Küche des Welser Anbieters zu nutzen? Das sind Überlegungen, die wir machen sollen.

Die Ausschreibung war definitiv korrekt und wurde vom Gemeinderat an ein internationales Unternehmen vergeben mit dem Ergebnis die Eltern und Schüler sind damit zufrieden. Hoffentlich bleibt dies so. Sollte das nicht der Fall sein, haben wir in der Probezeit Zeit zu justieren bzw. nach einem Jahr wieder die Möglichkeit Änderungen vorzunehmen. Aber Vertragspartnern über die Medien auszurichten, dass sie Dinge nicht korrekt machen, unterstütze ich als Wirtschaftsreferent nicht.

GR. LAbg. Dr. Csar: Lieber Andreas Rabl – danke für deine Klarstellungen. Sie waren wichtig. Du betontest mehrmals dein Unverständnis unserer Aussagen. Danke auch für deine Aussagen betreffend Walter Zaunmüller für seine verlässliche Arbeit, die er ohne Auftrag des Gemeinderates unternahm – vielleicht als Beispiel für einige FPÖ-Stadsenatsmitglieder.

GR. Reindl-Schwaighofer: Kollege Dr. Csar ist es gelungen, den Beweggrund der FPÖ deutlich zu machen. Ich darf nochmals auf die Regionalität eingehen. Wer sich mit den Bundesvergaberichtlinien näher beschäftigt wird erkennen, dass es den Begriff Regionalität nicht gibt. D.h., wenn wir Ausschreibungen tätigen, sollten diese auch den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Wenn gesagt wird, die Speisen legen mehrere tausende Kilometer zurück, müssen wir uns schon überlegen wieviel Portionen Speisen eine LKW-Ladung enthält? Hat jemand bereits umgerechnet wie hoch die CO²-Belastung pro Portion ist? In der CO²-Diskussion geht es nicht um zurückgelegte Kilometer, Logistik hat etwas mit Lagermengen zu tun. Es geht nicht darum schönzureden, dass viele Güter in Europa kreuz und quer transportiert werden.

Interessant finde ich auch die antikapitalistischen Aussagen von Kollegen Schatzmann, die mich fast schon zum Schmunzeln bringen, wenn 18 Milliarden Euro Umsatz bereits ein Ausschließungsgrund für die Teilnahme an einem Wettbewerb sind.

Natürlich ist es für das Welser Unternehmen, welches diesen Auftrag nicht erhielt, nicht schön. Es ist auch ein Rückschlag in der persönlichen Entwicklung eines Unternehmens. Milde gestimmt hat mich jedoch, dass die Firma Sodexo nun die Mitarbeiter der Firma Teibl übernahm. Wenn die Firma Größwang nun als Frischelieferant genannt wird, dann wird es die Firma sein, die regionale Produkte einkauft. Die Frage der Qualität des Essens ist für mich sehr ausschlaggebend. Diese Abstimmung gewinnt dieser Lieferant jeden Tag, in dem die Kinder bei Tisch sitzen und die Speisen gerne essen. Das ist ein wichtiger Punkt.

Wenn die FPÖ nun vehement sagt, sie wollen niemanden schlecht machen, dann sehen wir uns doch einmal die Diskussionsbeiträge an. Denken wir nur an die Stellungnahmen in den Medien. Wer kann nun mit ruhigem Gewissen behaupten, dass es nicht darum ging irgendetwas anzuzweifeln? Die Spitze der Aussagen war das Zitieren aus der Frankfurter Allgemeinen, wo es darum ging, dass die Lebensmittelsicherheit nicht gewährleistet ist.

Für mich ist es ganz klar, es geht darum innerhalb der Probezeit zu evaluieren. Die Firma Sodexo wird ihre Interessen natürlich wahren und die Kriterien erfüllen. Anschließend werden wir darüber weiterdiskutieren. Aber zu behaupten, es geht nur um die Einhaltung der Kündigungsfrist ist schon sehr abenteuerlich.

GR. Josseck-Herdt: Die FPÖ stellte noch nie einen Antrag, der solche Emotionen hervorrief. Warum kann mein Antrag einfach nicht verstanden werden? Es ist die Überprüfung der Einhaltung des Vertrages verlangt – sonst nichts.

Herr StR. Zaunmüller, sie haben uns nicht alle Information zukommen lassen, die wir benötigten. Es wurde immer davon ausgegangen im Ausschuss und auch noch beim Beschluss der Vergabe, dass die Firma Sodexo in Grieskirchen kocht. Für uns war es schon überraschend, dass ein Großkonzern die Speisen über 1.000 km anliefert. Unsere Meinung, in Grieskirchen wird gekocht wurde sogar von Herrn Reindl-Schwaighofer bestätigt, der ebenfalls davon ausging. Entweder wusste man es wirklich nicht, dann ist dies ein Skandal. Ich kann nicht mit jemandem einen Vertrag abschließen von dem ich überhaupt nichts weiß. Über diese Firma war nichts zu erfahren. Aufgrund dessen handelten wir rechtskonform und stimmten auch dem Vertrag zu. Wenn sie jedoch im Protokoll weiter gelesen hätten, dann wüssten sie, dass ich demonstrativ zum Zeitpunkt der Abstimmung den Saal verließ. Ich konnte mich nicht überwinden diesem Vertrag zuzustimmen. Warum sie so derart auf unseren Antrag reagieren, lässt mich nur auf Wahlkampf schließen. Sonst kann ich mir nicht vorstellen warum bei einem so schlichten und total nicht aufregenden Antrag so emotional diskutiert wird.

Der Initiativantrag (Anlage 8) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich frage mich warum? Wir hätten die Sache kürzer und schmerzloser haben können, indem man sagt, die Überprü-

fung dieses Vertrages ergibt sich aus dem Vertrag per se. Wenn ich sage, die Probezeit endet nach drei Monaten, dann hat das Amt die Verpflichtung die einzelnen Kriterien nachzuprüfen. Dies geschieht durch einen Auftrag meinerseits und des Kollegen Zaunmüller bereits. Im Übrigen fragte auch die Volksanwaltschaft in dieser Angelegenheit an. Danke für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Andreas Weidinger

8.)

Initiativantrag der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Gewährung einer Förderung für den Einbau
einer Alarmanlage
DI-Verf-280-2014

Bgm. Dr. Koits. Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen gemeinsamen Abänderungsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktionen, der lautet:

Der Absatz:

„Der Bürgermeister der Stadt Wels wird aufgefordert, eine Verordnung zur Gewährung einer Förderung für den Einbau einer Alarmanlage zu erlassen. Diese Verordnung soll per 1.1.2015 wirksam sein und auf jene Personen beschränkt sein, deren Hauptwohnsitz in Wels ist.“

soll auf

„der Bürgermeister der Stadt Wels wird ersucht, die Umsetzung einer Richtlinie zur Gewährung einer Förderung für den Einbau einer Alarmanlage zu organisieren und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Diese Richtlinie soll per 1.1.2015 wirksam sein und auf jene Personen beschränkt sein, deren Hauptwohnsitz in Wels ist.“
abgeändert werden!

Ich ersuche um Miteinbeziehung in die Diskussion.

GR. Weidinger: Im gemeinsamen Antrag der SPÖ- und ÖVP-Fraktion geht es um einen finanziellen Zuschuss für den fachmännischen Einbau von Alarmanlagen. In der jetzt beginnenden Jahreszeit gibt es bedauerlicher Weise durch die sehr früh einsetzende Dunkelheit die sogenannten „Dämmerungseinbrüche“, die leider auch vor der Stadt Wels nicht Halt machen. Sehr gut organisierte Banden begehen dabei sehr schnell und rasch Einbrüche in vorher ausgekundschafteten Häusern. Der Ärger mit dem oftmals sehr hohen Sachschaden ist groß und manchmal erhält man den finanziellen Schaden erst nach längerem Hin und Her mit den Versicherungen zurück. Es bedeutet eine große psychische Belastung für die Bewohner, wenn man weiß, dass fremde Personen in ihren Räumen Schubladen herausrissen, persönliche Gegenstände zu Boden warfen oder in Einzelfällen ganze Räume verwüsteten. Es gibt auch Fälle, bei denen die Geschädigten nach derartigen Erlebnissen psychische Hilfe in Anspruch nehmen mussten.

Die Polizei Oberösterreich versucht seit Jahren durch gezielte Maßnahmen diesen Einbrüchen einen Riegel vorzuschieben. Dass hier die Polizei sehr erfolgreich ist, zeigen die punktuell rückläufigen Zahlen bei diesen Einbrüchen. Die Polizei Wels weist im letzten Jahr stark rückläufige Zahlen auf. Doch eines ist klar: Jeder Einbruch ist ein Einbruch zu viel. Diese Einbrüche zurückzudrängen gelingt nur durch sehr starken Personaleinsatz und eine polizeiliche Gesamtstrategie für den oberösterreichischen Zentralraum.

Leider hat zur Zeit Oberösterreich und auch Wels bereits wieder Einbrüche zu verzeichnen. Die polizeiliche Beratung ist im Kampf gegen Einbrüche ein sehr gutes Instrument, um eine Bewusstseinsbildung zu erreichen. Gerade die Polizei Wels geht hier einen vorbildhaften Weg. Es werden jährlich sehr viele Hausbesitzer persönlich kontaktiert, um Tipps und Ratschläge gegen Einbrüche zu geben. Es sei an dieser Stelle zu erwähnen, dass die Polizei mit der Welser Bevölkerung eine starke Zusammenarbeit anstrebt. Das ist besonders wichtig. Nur gemeinsam können wir die Einbrüche zurückdrängen. Es erreichen uns vermehrt Hinweise auf verdächtige Personen oder Fahrzeuge und es gibt in diesen Fällen die ersten Fahndungserfolge.

Neben einfachen Verhaltensregeln beim Verlassen des Hauses, wie gewisse Räume beleuchtet zu lassen, keine offenen Garagentore, keine liegengelassene Leiter, erhöhte Aufmerksamkeit und eine gesunde Vorsicht auch für das Eigentum des Nachbarn ist jedoch die technische Überwachung der am besten funktionierende Schutz vor einem Einbruch. 100 % der Einbrecher fliehen sofort, wenn sie eine Alarmanlage auslösen.

Mit diesem Antrag wollen wir selbstverständlich niemanden verunsichern. Jedoch wollen wir der Bevölkerung und der Polizei zeigen, dass wir auch ein verlässlicher Partner sein können. Wir als Stadt Wels müssen uns überlegen, wie wir der Bevölkerung und auch der Polizei in Zukunft helfen können. Deshalb entschlossen wir uns für diesen Antrag alle Menschen, die sich eine Alarmanlage fachmännisch einbauen lassen, finanziell zu unterstützen. Die Unterstützung soll sich dabei an die Unterstützung des Landes Oberösterreich anlehnen und aus Gründen der Einfachheit dieselben Voraussetzungen beinhalten. Ich ersuche so rasch wie möglich um Beschlussfassung, denn es gibt bereits viele Menschen, die von dieser finanziellen Unterstützung erfahren haben und diese auch in Anspruch nehmen wollen. Ich ersuche ein politisch sichtbares Zeichen zu setzen und dem Antrag zuzustimmen.

GR. Manfred Wiesinger: Grundsätzlich ist dieser Antrag einer Förderung zum Einbau einer Alarmanlage unterstützenswert. Ich möchte nur ein paar Ideen oder Anregungen zur Ausarbeitung dieser Richtlinien vorbringen. In den letzten Jahren wird von der Bundesebene abwärts immer wieder über Parallelförderungen und Vereinfachungen des Förderdschungels diskutiert. In dieser Förderrichtlinie vom Land ist noch nicht enthalten, dass, sollte es schon Förderungen seitens der Statutarstädte oder Gemeinden geben, die Förderung des Landes gekürzt wird. Bitte die Richtlinie so auszurichten. Wenn das Land die Förderrichtlinie in diese Richtung ändert, fällt automatisch unsere Förderung. Wir sind nicht dazu da dem Land neben den zu entrichtenden Umlagen noch zusätzlich Geld zu geben! Es sollte umgekehrt laufen.

Die Kosten für Alarmanlagen für ein Einfamilienhaus belaufen sich laut Internet auf „ab 3.600 Euro“. Das Land fördert 30 Prozent (höchstens 1.000 Euro). Das heißt, die kleinste Anlage wird mit 30 Prozent gefördert. Wenn wir für die Anschaffung „guter“ Anlagen

etwas dazugeben, finde ich das gut - aber nicht wenn das Land daraufhin ihre Unterstützung kürzt.

Herr Weidinger, sie erwähnten bereits - von der Polizei werden sehr gute Informationsveranstaltungen abgehalten. Ich durfte selbst schon zwei mitorganisieren und miterleben. Vom Land OÖ werden nur die Alarmanlagen gefördert. Es gibt aber auch sehr viele andere, die Sicherheit verstärkende Maßnahmen. Dazu zählen anstelle von Jalousien Rollläden anbringen, schlechte Kellerfenster mit eingebauten Gittern sichern, Außenbeleuchtung mit Bewegungsmeldern versehen usw. Daher sollte in unseren Richtlinien überlegt werden, ob solche sicherheitsfördernde Maßnahmen zusätzlich bzw. eher gefördert werden, um diese Förderung vom Land noch zu verbessern.

GR. Mag. Parzmayr: Kollege Manfred Wiesinger nahm mir jetzt schon einiges vorweg. Über diesen Antrag bin ich etwas verwundert - weniger über den Inhalt, mehr über die Urheberchaft. Seit der letzten Gemeinderatsitzung wissen wir ja, die Welser ÖVP-Fraktion nimmt sich verstärkt des Themas Sicherheit an. Bei der SPÖ-Fraktion war das bis dato anders. Da hieß es immer, in Wels gibt es kein Sicherheitsproblem, sondern ein Verunsicherungsproblem, hervorgerufen durch die FPÖ. Mittlerweile gibt es hier auch ein Umdenken, die Zahl der Einbrüche in Wels ist offenbar doch nicht so vernachlässigbar, daher setzt man sich für eine Förderung für den Einbau von Alarmanlagen ein.

Zur Zuständigkeit liegt ein gemeinsamer Abänderungsantrag vor. Es scheint jetzt geklärt zu sein - der Bürgermeister ist nicht für die Erlassung einer Verordnung zuständig. Mittlerweile wurde es ja eine Richtlinie, die der zuständige Referent ausarbeiten wird und dann im Gemeinderat beschlossen werden kann.

Zur Gefahr der Doppelförderung möchte ich nur anführen, dass die Welser Freiheitlichen grundsätzlich eine Förderung, die zur Steigerung der subjektiven und auch der objektiven Sicherheit beiträgt, unterstützt.

GR. Ganzert: Natürlich ist es wichtig, dass sich die Exekutive im präventiven und auch im generellen Sicherheitsbereich sehr stark einbringt. Heute telefonierte ich mit dem zuständigen Beamten des Landes Oberösterreich, um mich nochmals bezüglich einer Doppelförderung zu informieren. Ich bin überzeugt, bei einer Beschlussfassung einer Richtlinie im Gemeinderat wird sich sicher ein Passus finden, um eine Doppelförderung zu verhindern. Die Welser SPÖ ist immer an der Seite der Sicherheit der Welser Bürgerinnen und Bürger.

GR. Mag. Mayerhofer: Wir als GRÜNE-Fraktion fragen uns bei diesem Antrag, wo ziehen wir als Stadt die Grenze zwischen den Dingen, die wir fördern wollen? Fördern wir demnächst auch den Einbau von Sicherheitshaustüren, Sicherheitsfenstern oder die Anschaffung eines Wachhundes? Herr Kollege Weidinger schilderte es bereits - ein Einbruch ist etwas, den sich niemand wünscht mit dramatisch sich nachziehenden Folgen. Es ist wichtig, dass die Polizei diese präventiven Arbeiten fortsetzt und diese werden dabei auch von uns als Stadt unterstützt. Aber als Stadt den Einbau von Alarmanlagen zusätzlich zur Förderung des Landes zu fördern, sehen wir nicht als notwendig.

GR. Zaunmüller: Frau Kollegin Mayerhofer, wenn sie Opfer eines Einbruches werden, geht es in vielen Fällen gar nicht darum wie viel ihnen weggenommen wurde oder welchen Schäden die Einbrecher hinterlassen haben, denn in den meisten Fällen sind die-

se Schäden durch die Versicherung gedeckt. Die Katastrophe ist eher im psychischen Bereich, wenn sie wissen bei ihnen wurde eingebrochen. Viel dramatischer ist noch, wenn sie dabei zu Hause sind oder geschlafen haben. Daher ist es meiner Meinung nach leider dringend notwendig, die Förderung zum Einbau von Alarmanlagen zu beschließen.

Zum Thema Doppelförderung sprach Herr Kollege Wiesinger von einer Alarmanlage im Bereich von 3.600 bis 4.000 Euro. Ein Drittel davon fördert das Land Oberösterreich. Es ist wichtig, dass es hier keine Aufrechnung gibt. Es ist notwendig seitens der Stadt Wels eine Förderung anzubieten, denn 3.600 bis 4.000 Euro sind in der Regel schwer aufzubringen. Aber leichter aufzubringen, wenn es zwei Fördermodelle – eines vom Land OÖ und eines von der Stadt Wels – gibt. Von uns daher ein ganz klares Ja zur Förderung bezüglich Einbau von Alarmanlagen.

GR. Mag. Lipp: Meine Familie wurde Anfang September Opfer eines Einbruches. Gott sei Dank war es nur ein Einbruchversuch, weil wir eine Alarmanlage haben. Dank der Alarmanlage flüchtete der Täter sehr schnell. Außer einem Schaden am Haus konnte größerer Schaden dadurch verhindert werden. Angstzustände hatten meine Kinder dennoch – ein sehr unangenehmes Gefühl. Deshalb kann ich diesen Antrag nur befürworten. Danken möchte ich bei dieser Gelegenheit den Kollegen von der Sicherheitswache, die uns an diesem Abend sehr gut betreuten.

GR. Josseck-Herdt: Ich selbst habe schon die zweite Alarmanlage, erhielt vom Land leider keine Förderung. Die erste Alarmanlage ging vorzeitig kaputt - ich musste eine neue kaufen. Die Bevölkerung darf nicht in Sicherheit gewogen werden, wenn sie am Haus eine Alarmanlage anbringen. Es gibt noch zusätzlich andere Möglichkeiten des Schutzes, wie Sicherheitsfenster oder Bewegungsmelder. Ich sehe nicht ein, warum nur die Alarmanlagen gefördert werden sollen. Aus Erfahrung sprechend empfinde ich es einen Anschlag auf mich, wenn es notwendig ist, überhaupt eine Alarmanlage zu benötigen. Soweit haben wir es bereits gebracht.

GR. Weidinger: Danke, für die offensichtlich breite Zustimmung. Kollege Mag. Parzmayr erkannte es richtig, die ÖVP-Fraktion wird sich das Thema Sicherheit jetzt genau anschauen. Wir werden hier sehr viele Möglichkeiten anbieten und viele Ideen vorstellen. Ich ersuche um Beschlussfassung.

Der Abänderungsantrag (Anlage 9) der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Baumgartner, GR. Mag. Parzmayr und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung zu o.a. Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Initiativantrag (Anlage 10) der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-,FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Baumgartner und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung zu o.a. Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

StR. Huber verlässt um 17.08 Uhr die Sitzung.

Bgm. Dr. Koits: Dr. Rabl als Wohnungsreferent wird all diese heute besprochenen Anregungen einem Entwurf einfließen lassen, der dann vielleicht einem gemeinsamen Ausschuss zur Vorlage gemacht wird.

Nach Abhaltung der Bürgerfragestunde von 17.16 Uhr bis 17.35 Uhr bedankt sich der Bürgermeister für die rege Diskussion und erklärt diese Sitzung für beendet.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriffthführer: